

Die Wirtschaftskrise in Indonesien

Die Dürrekatastrophe und ihre Folgen, die Wirtschaftskrise und der Verfall der Rupiah lösten 1997 eine ernsthafte Bedrohung der bisherigen innenpolitischen Erfolge Indonesiens aus. Enorme Schulden, zunehmende Korruption und die wirtschaftliche Verschlechterung schreckten Investoren von einem Engagement im Lande ab und veranlaßten dessen Regierung, den IWF um Hilfe zu bitten. Dessen Bedingungen indes – Bankreform, Ausgabendisziplin und Deregulierungsmaßnahmen – wurden aus Rücksicht auf Präsident Soeharto und die Involvierung seiner Familie in diverse Großprojekte der indonesischen Wirtschaft nicht erfüllt. Erst ein erneuter Währungssturz führte zum Einlenken des Staatsechfs, der jedoch nicht darauf verzichtete, sich an der Spitze seiner regierungspartei GOLKAR erneut zur Wahl zu stellen. Indes scheint – auch angesichts der inneren Probleme des Landes wie Preissteigerungen, Lebensmittelknappheit und Arbeitslosigkeit – der Verfall der Macht Soehartos unaufhaltsam: Das autokratische System kämpft ums Überleben, seine Ablösung durch demokratische Strukturen ist gleichwohl angesichts der schwachen Rolle von Parlament, Parteien und Gewerkschaften vorläufig kaum in Sicht.

Neben der Dürrekatastrophe infolge des Klimaphänomens *El Niño* und den damit verbundenen riesigen Waldbränden und Ernteaussfällen wurde Indonesien von der bisher schwersten Wirtschaftskrise seiner Geschichte betroffen, die die bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Erfolge des Landes mit einem Schlag zunichte machen könnte.

Obwohl die ökonomischen Grunddaten Indonesiens (Wachstum, Inflation, Investitionen und Außenhandel) bis zur Jahresmitte 1997 sehr stabil aussahen – der Börsenindex Jakartas JSX erreichte im Juni 1997 eine Rekordhöhe – wurde die Rupiah aufgrund der Währungsturbulenzen in Thailand und durch den Sog der Spekulation in einen Abwärtsstrudel hineingezogen. Zudem verschreckten die hohen Auslandsschulden und die sich verschlimmernden Strukturen der indonesischen Wirtschaft – geprägt von Kartellen, Handelsmonopolen, Intransparenz, wachsender Vetternwirtschaft und Korruption – zunehmend in- und ausländische Investoren.

Bis August versuchte die indonesische Zentralbank noch, mit 500 Millionen Dollar die Rupiah zu stützen, dann gab sie sie am 14. 8. 1997 zum Floaten frei. Innerhalb weniger Tage verlor sie über 20 Prozent ihres Wertes.

Die indonesische Regierung reagierte auf die Krise mit mehreren Maßnahmen: einer Erhöhung der Verkaufssteuer auf Luxusgüter, Förderung der Exporte durch zusätzliche Anreize, einer Absenkung des Zinsniveaus und einer Aufhebung der Restriktionen hinsichtlich ausländischer Investitionen.

Zusätzlich kündigte die Regierung eine Verschiebung von öffentlichen und privaten Investitionsvorhaben mit einem Gesamtwert von 35,6 Milliarden Dollar an. Dies umfaßte vor allem Vorhaben mit einer hohen Importfinanzierung und solche, die noch nicht weit fortgeschritten waren. Dazu gehörten 14 Kraftwerksprojekte,

zwei Ölraffinerien, 29 Mautstraßen-Projekte. Als Sofortmaßnahme werden im laufenden Fiskaljahr 1997/98 staatliche Investitionen in Höhe von 3,3 Billionen Rupiahs, ca. 2 Milliarden DM, zurückgefahren. Nur das umstrittene nationale Automobil-Projekt und die Flugzeugentwicklung waren davon zunächst nicht betroffen.

Auch private Mega-Projekte, wie der 558 Meter hohe Jakarta Tower (560 Millionen Dollar), die mit 65 km längste Brücke der Welt zwischen Sumatra und Malaysia (2 Milliarden Dollar), und die Brückenverbindung zwischen Java und Sumatra (950 Millionen Dollar), wurden erst einmal auf Eis gelegt.

Die Krise führte somit zu stark verschlechterten Wirtschaftsdaten für 1997. So beziffert das angesehene Center for Strategic and International Studies (CSIS) das reale Wachstum des BIP 1997 auf nur fünf Prozent, gegenüber 7,8 Prozent des Vorjahres. Die Inflationsrate dürfte auf elf Prozent gestiegen sein, nachdem sie 1996 auf 6,4 Prozent gedrückt werden konnte. Neben dem importbedingten Inflationsschub durch die Abwertung droht zusätzlich eine Nahrungsmittelverknappung aufgrund der anhaltenden Dürre.

Am 8. Oktober 1997 bat Jakarta den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Hilfe, um das Vertrauen in die indonesische Wirtschaft wiederherzustellen. Nach zwei Wochen harter Verhandlungen offerierte der IWF ein Hilfspaket in Höhe von 43 Milliarden Dollar, gebunden allerdings an eine Reihe von Bedingungen: Bankreformen, Ausgaben-senkungen, Fiskal- und Deregulierungsmaßnahmen. Am 1. November kündigte die indonesische Regierung die sofortige Schließung von 16 insolventen Banken an. Kleinsparer mit Einlagen bis zu 20 Millionen Rupiahs, ca. 10.000 DM, wurden von den Staatsbanken entschädigt. Gleichzeitig wurde das staatliche Handelsmonopol für Weizen, Weizenmehl, Soja und Knoblauch aufgegeben – das für Reis und Zucker blieb allerdings bestehen. Importzölle und Exportsteuern sollten gesenkt werden.

Aber die IWF-Auflagen wurden von der indonesischen Regierung mit Rücksicht auf die Interessen der Familie Soeharto nur halbherzig erfüllt. So gehörte eines der geschlossenen Geldinstitute dem Präsidentensohn Bambang, der es längst unter anderem Namen weiterführt. Einige der Großprojekte, die zuvor unter IWF-Auflage eingefroren wurden, wurden fortgeführt, darunter auch jene, an denen die Familie Soeharto mitverdient. Dieser stille Abschied von den IWF-Auflagen verschreckte die Investoren ebenso wie Krankheit und Alter Soehartos. Dazu kamen die hohen Auslandsschulden Indonesiens, die, wenn man sowohl die Verbindlichkeiten des Staates als auch der Privatwirtschaft berücksichtigt, sich auf 140 Millionen Dollar belaufen. Der Zwang zum regelmäßigen Schuldendienst in teuren US-Dollars gefährdet nun die Existenz vieler, vor allem mittelständischer Unternehmen.

Zum Jahresende 1997 führte Indonesien die Liste der asiatischen Krisenländer an. Statt wie im August 2.500 Rupiah mußte man 5.200 Rupiah hinlegen, um einen Dollar einzutauschen. Eine Abwertung von über 50 Prozent also, mit Abwärtstendenz. Der Kursverfall an der Börse von Jakarta war dementsprechend. Vormalis begehrte Werte wie Zigarettenhersteller verloren pro Aktie von 8000 auf 800 Rupiahs.

Aber es sollte noch schlimmer kommen: Am 6. Januar 1998 legte Präsident Soeharto einen Haushaltsentwurf vor, der auf vollkommen unrealistischen Annahmen basierte: Wechselkurs ein US-Dollar = 4.000 Rp. statt 5.000 Rupiahs, Inflation neun Prozent statt 20 Prozent, Wirtschaftswachstum vier Prozent statt Nullwachstum. Nun fiel die Rupiah auf ihren niedrigsten Kurs; für einen Dollar bekam man jetzt 10.000 Rupiahs, was einer Abwertung um 75 Prozent seit Juni entspricht. In den indonesischen Supermärkten kam es zu Hamsterkäufen. Innerhalb von zwei Tagen waren Grundnahrungsmittel wie Reis, Milch, Zucker und Nudeln nicht mehr zu haben.

Der IWF sah sich gezwungen, Präsident Soeharto zur Umsetzung der einschneidenden Reformen zu drängen. Am 13. Januar flog IWF-Direktor Michel Camdessus nach Jakarta, am 15. Januar verkündete Präsident Soeharto dann weitreichende Deregulierungs- und Reformmaßnahmen.

Unter anderem sahen diese Maßnahmen die Abschaffung der sensiblen Subventionen für Benzin und Treibstoff (geplant ab 1. April) und die Aufhebung wichtiger Monopole vor: Die staatliche Handelsagentur BULOG verlor das Handelsmonopol für Zucker und Weizen und behielt nur noch die Kontrolle über den Reishandel. Auch die Monopole für Sperrholz, Papier und Zement wurden aufgelöst. Der Präsidentensohn Hutomo Mandala Putra 'Tommy' Soeharto verlor das Monopol zum Anbau und Verkauf der Gewürznelken – wichtig für die in Indonesien beliebten Kretek-Zigaretten. Darüber hinaus mußte Tommy Soeharto eine weitere Niederlage einstecken: Alle Zollprivilegien und Subventionen für das umstrittene Programm zum Bau eines 'Nationalautos' wurden eingestellt, das Projekt steht somit vor dem Aus. Gestrichen wurden ebenfalls alle Subventionen für den staatlichen Flugzeugbetrieb IPTN. Das von Habibie geplante Zwei-Milliarden-Dollar-Projekt eines indonesischen Jets mußte deshalb gänzlich mit ausländischen Krediten finanziert werden. Etwa ein Dutzend großer Infrastrukturprojekte, darunter auch Bauvorhaben wie die zweier großer Kraftwerke, in die Präsidententochter Tutut involviert war, wurden aufgegeben.

Diese weitreichenden Maßnahmen, die vor einem halben Jahr noch undenkbar gewesen wären, wurden von Präsident Soeharto in einer Fernsehansprache am 15. Januar 1998 bekanntgegeben. Am 21. Januar erhielten die Reformmaßnahmen durch ein Präsidentendekret Gesetzeskraft. Ein 'Wirtschaftsrat' unter dem angesehenen Ökonomen und Ex-Finanzminister Widjojo Nitisastro soll zudem die Implementierung der Maßnahmen überwachen.

Am 23. Januar stellte Finanzminister Mar'ie Muhamad den revidierten Staatshaushalt vor, diesmal auf der Basis eines Wechselkurses von 5.000 Rupiah pro Dollar. Der Etat sah nur noch ein Defizit von einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes vor.

Soeharto wollte auch die monatelangen Spekulationen und Unsicherheiten über die politische Zukunft Indonesiens beenden. Am 20. Januar 1998 erklärte sich der Sechundsiebzjährige zu einer weiteren Präsidentschaftskandidatur, d.h. für eine siebte Amtsperiode, bereit. Zuvor war er schon von der Regierungspartei GOLKAR und der Ar-mee-fraktion ABRI zum Kandidaten nominiert worden. Da GOLKAR und ABRI 850 der 1000 Sitze in der Beratenden Volksversammlung (MPR) stellen, scheint Soehartos Wiederwahl sicher, zumal ihn auch die islamische Vereinigte Entwicklungspartei (PPP) zu ihrem Kandidaten erklärte.

Obwohl der Vizepräsident noch nicht offiziell benannt wurde, deutet vieles darauf hin, daß Soeharto seinen 'Ziehsohn', den einundsechzigjährigen Forschungsminister B. J. Habibie, als künftigen Vizepräsidenten und damit als seinen Nachfolger favorisiert. So wirkt der von GOLKAR aufgestellte Katalog von 14 Kriterien für den künftigen Vizepräsidenten geradezu wie maßgeschneidert für Habibie. Er verlangt für den künftigen Stellvertreter u.a. große internationale Erfahrung, die Fähigkeit zu Visionen und Sachkenntnis in Wissenschaft, Technologie und Industrie, Eigenschaften, die unter allen möglichen Anwärtern nur Habibie besitzt.

Jedoch hat der mögliche Vizepräsident Habibie auch viele Kritiker in Wirtschaftskreisen. Seine grandiosen Projekte seien kostspielige Luftschlösser, die zu Lasten der Armutsbekämpfung gingen. Wahr ist wohl, daß viele seiner Unternehmen – zehn Staatsbetriebe wie die Werft PT PAL, der Krakatau-Stahlkomplex und das Flugzeugwerk IPTN – als unrentabel gelten, obwohl sie seit Jahren aus der Staatskasse finanziert werden.

Der Markt und vor allem die ausländischen Investoren honorierten aber weder die späten Reformmaßnahmen noch die personellen Entscheidungen der indonesischen Führung. So fiel die Rupiah am 16. Januar, nachdem Präsident Soeharto die vom IWF geforderten Reformen angekündigt hatte, von 7.600 auf 8.700 Rps. pro Dollar. Man glaubte wohl nicht mehr an die Ernsthaftigkeit der Umsetzung dieser Maßnahmen. Am 19. Januar rutschte die Rupiah auf einen Kurs von 9.550 ab. Am Donnerstag, dem 22. 1. 1998, nachdem Soeharto seine erneute Präsidentschaftskandidatur bekanntgegeben hatte, sank die Rupiah auf ihren bisherigen Tiefststand, 15.000 Rps., zeitweilig sogar 17.000 Rps. pro Dollar. Präsident Soeharto wurde wohl nicht mehr als Garant der

wirtschaftlichen Stabilität in Indonesien gesehen. Nur durch Interventionen der Zentralbank konnte die Rupiah während der Idul Fitri-Feiertage Ende Januar einigermaßen stabil gehalten werden.

Das Kernproblem der Wirtschaftskrise, nämlich der riesige Schuldenberg des privaten Sektors, wurde auch von den geplanten Reformen nicht berührt. Von den 140 Milliarden Dollar Gesamtauslandsschulden Indonesiens entfallen nach offiziellen Angaben 66 Milliarden auf den privaten Sektor. Häufig handelte es sich um kurzfristige Dollar-Kredite, die bei dem jetzigen Rupiah-Verfall nicht mehr rückzahlbar sind. An ihnen sind deutsche Banken, die an das asiatische Wunder glaubten, mit 5,6 Milliarden Dollar beteiligt. Damit ist Deutschland nach Japan (23,2 Milliarden Dollar) der größte Kreditgeber des Landes.

Am 27. Januar legte Finanzminister Mar'ie Muhammad endlich das längst erwartete Paket von Reformmaßnahmen für den Bankensektor vor. Zwei Jahre lang wird die Regierung Garantien für Bankeinlagen und -kredite bei den in-donesischen Banken übernehmen, um das Vertrauen in das System wiederherzustellen. Zugleich wurde eine neue Behörde geschaffen, die Indonesian Bank Restructuring Agency (IBRA), die dem Finanzministerium unterstehen wird. IBRA wird alle Geschäftsbanken analysieren und ein Programm zu deren Rehabilitierung und zur Restrukturierung des Bankensektors erstellen. Auch werden alle Restriktionen bezüglich ausländischen Besitzes an indonesischen Banken aufgehoben. Gleichzeitig mit dieser Bankenreform bildete die Regierung ein Team unter dem Ökonomen Radius Prawiro, das mit den ausländischen Gläubigern Verhandlungen über die Schulden des privaten Sektors führen soll. Angestrebt wird ein zeitlich begrenztes Einfrieren des Schuldendienstes der indonesischen Schuldner. Radius Prawiro gab an, sein Team habe 228 indonesische Unternehmen identifiziert, die momentan Schwierigkeiten haben, ihre Schulden zu begleichen. Erste Verhandlungen zwischen den Gläubigerbanken und den Schuldnern fanden bereits Ende Januar in Singapur statt. Die deutschen Forderungen wurden dabei von der Deutschen Bank vertreten.

Der Markt reagierte positiv auf die Ankündigung der Bankenreform und das Einfrieren des Schuldendienstes. Vom 26. bis zum 28. Januar stieg die Rupiah erstmals wieder von 14.000 auf 9.900 Rps. pro Dollar und der Index der Börse von Jakarta, JSX, stieg um zwei Prozent.

Die soziale Dimension der Krise

Nach Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan Anfang Februar werden sich auch die sozialen Probleme Indonesiens, das ohnehin nicht gerade ein konfliktarmes Land ist, dramatisch verschärfen. Auf der einen Seite leidet die Bevölkerung unter den drastischen Preissteigerungen infolge der Rupiah-Abwertung und der Dürre, die mehrere Ernten ausfallen ließ. So verdoppelte sich der Preis für ein Kilogramm Reis von 1.500 auf 3.000 Rp. Ebenfalls um 100 Prozent stiegen die Preise für Speiseöl, Soja, Eier und Gemüse. Der Preis für Zucker stieg um 45 Prozent, der für Milch um 60 Prozent. Die Preise für importierte Lebensmittel, wie z.B. Fleisch und Käse, stiegen z.T. um über 200 Prozent, meist sind diese Güter auch nicht mehr zu bekommen. Überall ist bereits eine Verknappung des Angebots spürbar.

Die Regierung versucht, die schlimmsten Nöte zu mildern, indem sie in den ärmeren Stadtvierteln subventionierte Grundnahrungsmittel zu 'alten Preisen' auf Bezugscheine verteilt, zumindest bis zur Präsidentenwahl am 10. März.

Zum anderen hat die Krise verheerende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Als im November mit der Schließung der Banken auch der Bausektor zusammenbrach, verloren allein im Großraum Jakarta 50.000 Bauarbeiter ihren Job! Inzwischen sollen weitere zwei Millionen Menschen ohne Beschäftigung sein. Für die nächsten Wochen rechnet man mit weiteren drei Millionen Arbeitslosen. Früher gab es für die Indonesier in solchen Krisenphasen immer die Möglichkeit, ins heimatliche Dorf zurückzukehren oder aber im Ausland – in Saudi-Arabien oder Malaysia – Arbeit zu finden. Beide Möglichkeiten fallen jetzt aus: Infolge der Dürre

garantieren auch die Dörfer nicht mehr für ausreichende Nahrung, und zumindest die ebenfalls krisengeschüttelten Nachbarländer nehmen keine indonesischen Arbeitskräfte mehr auf; im Gegenteil, sie schicken Millionen von Menschen zurück.

Das Arbeitsministerium versucht, mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm, für das 3,5 Millionen Dollar zur Verfügung stehen, auf Java, der am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Insel, die Spannungen zu verringern. Das Beschäftigungsprogramm richtet sich an Arbeitslose aus dem Agrar- und Bausektor und finanziert 54.000 Jobs zu einem Lohn von 7.500 Rp pro Tag. Allerdings ist das Programm auf nur 80 Tage befristet.

Am 2. Februar brachen erste, noch kleinere soziale Unruhen aus und es kam zu Ausschreitungen in Pasuruan, Ost-Java, in Ujung Padang, Süd-Sulawesi und in Zentral-Sulawesi. Gründe waren die Preissteigerungen bei Gütern des täglichen Bedarfs; das Ziel waren aber fast immer chinesische Läden und Wohnhäuser. Die Chinesen stellen nur etwa fünf Prozent der Bevölkerung, kontrollieren aber 70 Prozent der Wirtschaft Indonesiens.

Über die Gefahr und Größe möglicher weiterer sozialer Unruhen lassen sich momentan keine verlässlichen Prognosen anstellen. Wahr ist wohl, daß bislang vor allem die Geschäftswelt die Auswirkungen der Krise zu spüren bekam, das Gros der Bevölkerung wird erst in den nächsten Wochen in voller Härte betroffen werden. Eine größere Entlassungswelle steht noch bevor, und ab 1. April entfallen gemäß der Vereinbarung mit dem IWF alle Subventionen für Treibstoffe, d.h. die Transport- und Elektrizitätskosten werden sprunghaft in die Höhe schnellen. Schon jetzt zeigen in den großen Städten Polizei- und Militärkräfte täglich Präsenz und veranstalten großangelegte Übungen. In Jakarta wird die Wahl des Präsidenten durch die Beratende Volksversammlung (MPR) am 10. März von etwa 25.000 Mann der Sicherheitskräfte geschützt werden.

Auswirkungen auf den politischen Bereich

Obwohl nun die öffentliche Kritik an ihm wächst, wird wohl der heute sechundsiebzehnjährige Soeharto im März 1998 seine siebte Amtsperiode als Präsident antreten. Er wurde, wie gesagt, sowohl von der Regierungspartei GOL-KAR, der Armeefraktion ABRI als auch von der islamischen Vereinigten Entwicklungspartei (PPP) als einziger Kandidat nominiert. Nur noch eine unkontrollierte Entwicklung im Bereich der Wirtschaft, ausgelöst etwa von einem rapiden Verfall der Rupiah, könnte ihm diese Präsidentschaft streitig machen. Das Dilemma Indonesiens ist, daß es keine glaubwürdige Alternative zu Soeharto gibt. Persönlichkeiten wie Megawati und Amien Rais hätten nur durch den Druck der Straße Aussichten auf ein politisches Führungsamt, sie haben aber weder ein politisches Programm noch eine Mannschaft hinter sich, die ihnen mehr Glaubwürdigkeit verleihen könnte. Megawati Soekarno-putri ist als Tochter des indonesischen Staatsgründers besonders in nationalistischen Kreisen zwar eine sehr populäre Figur, aber es fehlen ihr sowohl persönliches Charisma als auch politische Visionen.

Immerhin erklärten Megawati und Amien Rais ihre Bereitschaft zur Präsidentschaftskandidatur, obwohl sie real keine Chance haben, von den tausend Delegierten der Beratenden Volksversammlung (MPR) gewählt zu werden. Aber ihr Schritt bedeutet auch ein Stück politische Erziehung für die indonesische Bevölkerung, der damit bewußt gemacht wird, daß jeder Bürger das Recht zur Präsidentschaftskandidatur haben sollte.

Eine weitere Sorge für ausländische Investoren bildet das merkliche Anwachsen des Islamismus' und eines islamisch geprägten Nationalismus', der zumeist gegen die in der Wirtschaft dominierenden Chinesen gerichtet ist. So hatten alle bisherigen Unruhen in Ost- und Zentral-Java, auf Bima und Sulawesi eindeutig einen antichinesischen Charakter. Noch fehlt es aber den indonesischen Muslimen an einer kohärenten politischen Strategie, denn Soeharto hatte den Islam systematisch und erfolgreich entpolitisiert.

Deshalb ist auch die islamische Bewegung stark zersplittert. So spricht Amien Rais, Studentenidol und Führer der 28 Millionen Anhänger umfassenden Bewegung Muhammadiyah, die sich aus den unteren Mittelschichten der Städte rekrutiert, von einer „islamischen Demokratie“. Er wäre auch zu einer Koalition mit den von Megawati geführten intellektuellen und nationalistischen Kräften bereit. Seine Muhammadiyah wird gerade wegen der fundamentalistischen Strömungen in ihr von chinesischen Geschäftsleuten gefürchtet.

Andere muslimische Gruppen sind dagegen eher bereit, den politischen Status quo zu unterstützen. Dazu zählt die Vereinigung islamischer Intellektueller (ICMI) unter Forschungs- und Technologeminister B. J. Habibie, dem Kandidaten für die Vizepräsidentschaft. Auch bei ICMI werden die religiösen Argumente immer lauter. Und die islamisch geprägte Vereinigte Entwicklungspartei (PPP), die bei den letzten Wahlen mit einem recht regierungskritischen Programm 22,4 Prozent der Stimmen erreichte, nominierte nun Soeharto zu ihrem Präsidentschaftskandidaten. In der Armee verkörpert Soehartos Schwiegersohn Generalmajor Prabowo Subianto den islamischen Einfluß. Der tolerante Islam wird durch den Führer der 33 Millionen Mitglieder starken Nahdlatul Ulama, Abdurrahman Wahid, repräsentiert. Leider erlitt er im Januar einen Schlaganfall und man weiß nicht, ob und wann er in die politische Arena zurückkehren wird. Ohne ihn gerät auch die Nahdlatul Ulama, traditionalistisch geprägt, in Gefahr, von fundamentalistischen Kräften übernommen zu werden.

Eine zentrale und vielleicht auch fortschrittliche Rolle wird die Armee in Indonesiens politischer Zukunft spielen. Obwohl nur 419.000 Mann stark, ist sie die wichtigste, weil am besten organisierte Kraft im Lande. Die Armee hat ein großes Interesse an Stabilität, nicht zuletzt wegen ihrer eigenen Geschäftsinteressen. Ihr gehören zahllose Unternehmen, aus denen sie sich auch finanziert. Andererseits steht die Armee trotz gelegentlicher Kritik loyal zu Soeharto und hat kein unmittelbares Interesse an politischer Führung, auch weil ihr Offizierskorps in zahllose Interessengruppen und Fraktionen geteilt ist. Vielleicht aber übernimmt die Armee für eine Zeit des Übergangs die Macht. Viele jüngere Offiziere stehen jedenfalls politischen Reformen sehr aufgeschlossen gegenüber.

Auf alle Fälle ist schon jetzt eine Erosion der Macht des Präsidenten spürbar. An Soeharto und der Präsidentenfamilie wird offene Kritik geübt, die vor wenigen Monaten noch nicht denkbar gewesen wäre. In den Medien diskutiert man die negativen Auswirkungen von Kartellen und Handelsmonopolen. Kritische Leitartikel werden häufiger, man debattiert die Präsidenten-Nachfolge oder den möglichen Rücktritt des Präsidenten – Themen, die bis vor kurzem noch ein Tabu waren.

Das autokratische System kämpft um sein Überleben; durch die Wirtschaftskrise ist es zu vorsichtigen Reformen gezwungen. Ob der Druck der wachsenden sozialen Spannungen jedoch auch einen Demokratisierungsschub in Indonesien auslöst, bleibt eher skeptisch zu beurteilen. Vom Parlament, den existierenden Parteien und den Gewerkschaften sind in der jetzigen Situation keine wichtigen Impulse zu erwarten. Meinungsführer in der Demokratiedebatte sind in Indonesien zur Zeit die Universitäten, Forschungsinstitute, Nicht-Regierungsorganisationen und Teile der Medien.

Das Manuskript wurde am 10.2.1998 abgeschlossen.

Wolfgang Hruschka ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Indonesien

